

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Soziales Entschädigungsgesetz umsetzen – Plätze in Traumaambulanzen für Opfer von Gewalt ausbauen

Der Senat wird aufgefordert, das am 1. Januar 2024 in Kraft getretene neue Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts umzusetzen und ausreichend Behandlungsplätze in Traumaambulanzen für Geschädigte zu schaffen. Dazu soll auch in Berlin die Regelung genutzt werden, dass neben Kliniken nun auch psychotherapeutische Einzelpraxen als Traumaambulanzen anerkannt werden können.

Damit soll eine schnelle, niedrigschwellige psychologische Soforthilfe sichergestellt werden, um Traumafolgestörungen bei den Betroffenen zu verhindern.

Zudem soll der Senat dafür Sorge tragen, dass das Angebot bekannter wird, indem sowohl Polizei, Kripo, Feuerwehr und Krankenhäuser als auch Beratungsstellen, niedergelassene Psychiater und Psychologen flächendeckend über das Angebot der Traumaambulanzen informiert werden und entsprechende Flyer zur Verfügung gestellt bekommen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2026 zu berichten.

Begründung:

Das Soziale Entschädigungsrecht regelt den Anspruch von Gewaltopfern auf eine zeitnahe Traumatherapie. Damit Betroffene von Gewalttaten (sowie Angehörige, Hinterbliebene) zeitnah gut versorgt werden können, braucht es ein entsprechendes Versorgungsangebot. Bisher gibt es in Berlin allerdings nur eine Traumaambulanz für Kinder und Jugendliche und nur zwei für Erwachsene, alle an Kliniken angeboten. Dies führt zu entsprechenden Wartezeiten. Das neue Entschädigungsgesetz hat bereits 2024 die Voraussetzungen geschaffen, dass auch psychotherapeutische Einzelpraxen Traumaambulanzen sein können, sofern sie eine Vereinbarung

nach § 37 SGB XIV mit den Trägern der Sozialen Entschädigung (Lageso) geschlossen haben. Dies soll dafür sorgen, dass schnell und unbürokratisch ausreichend Plätze für Opfer von Gewalt zur Verfügung stehen.

Berlin, 18. August 2026

Stettner Zander
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh König
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD